Imperialistische Unterwerfungsversuche von Venezuela bis Iran

von Alexander Charlamenko

(Beiträge für die Plattform „Europa für Kuba“, Januar bis März 2026)

14. Januar 2026

Die völlig unprovozierten Raketen- und Bombenangriffe der USA auf das souveräne Venezuela, die Festnahme und Auslieferung von Präsident Nicolás Maduro und der Abgeordneten Cilia Flores (die internationale und parlamentarische Immunität genießen), um sie vor ein US-Gericht zu stellen, das keine Zuständigkeit für ausländische Staatsbürger hat, haben die Welt erschüttert und empört. Die zynische Missachtung der UN-Charta und aller Normen des Völkerrechts wird neben Washington nur von rechtsextremen Politikern wie Milei in Argentinien, Noboa in Ecuador und Jerí in Peru gerechtfertigt.

Selbst in den USA selbst und in Ländern, in denen die Regierungen den Aggressor dulden oder schweigen, protestieren Tausende von Menschen öffentlich gegen dieses internationale Verbrechen, bekunden ihre Unterstützung für die Bolivarische Republik und fordern die Freilassung von Nicolás Maduro und Cilia Flores. Als erste haben sich kommunistische und Arbeiterparteien, Gewerkschaften, Organisationen der von Nicolás Maduro initiierten Antifaschistischen Internationale und unsere Freunde aus der Solidaritätsbewegung mit der Insel der Freiheit für Venezuela und seinen Arbeiterpräsidenten eingesetzt.

In Venezuela sorgte das Bündnis zwischen Volk und Armee für strenge Ordnung, anstatt für - von den Aggressoren erwarteten - regierungsfeindliche Unruhen oder kriminelles Chaos. Auf Aufruf der Vereinigten Sozialistischen Partei drückte die werktätige Bevölkerung auf den Straßen ihre entschiedene Unterstützung für die Bolivarische Revolution aus und forderte die USA auf, die gefangenen Führer freizulassen.

Am 3. Januar gab die Revolutionsregierung der Republik Kuba eine Erklärung ab. Darin verurteilt sie aufs Schärfste den Angriff der USA auf Venezuela als „offenkundige imperialistische und faschistische Aggression” zum Zwecke der Vorherrschaft in Lateinamerika im Sinne einer Neuauflage der Monroe-Doktrin, mit dem Ziel, „uneingeschränkten Zugang und Kontrolle über die natürlichen Ressourcen Venezuelas und der gesamten Region zu erlangen”, um Regierungen einzuschüchtern und sich unterzuordnen. In der Erklärung wird „die uneingeschränkte Unterstützung und Solidarität Kubas mit der brüderlichen Bolivarischen Republik und ihrer Regierung bei der Verteidigung ihrer Souveränität und Unabhängigkeit kategorisch bekräftigt: „Für diese brüderliche Nation und ihr Volk sind wir bereit, wie für Kuba, sogar unser Blut zu geben”. Havanna forderte die sofortige Freilassung von Präsident Nicolás Maduro und Genossin Silvio Flores und rief alle Regierungen, Parlamente, sozialen Bewegungen und Völker der Welt dazu auf, diese Aggression, die den internationalen Frieden und die Sicherheit bedroht, zu verurteilen. Die Erklärung endet mit den Worten: „In Kuba ist unsere Entschlossenheit zum Kampf fest und unumstößlich. Es gibt nur eine Entscheidung: Vaterland oder Tod! Wir werden siegen!“

Bereits am 3. Januar folgten die Kubaner dem Aufruf ihrer Führung und nahmen an einer landesweiten Aktion teil – der Antiimperialistischen Tribüne. In allen Provinzzentren fanden Massenkundgebungen statt.

In Havanna sprach der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und Präsident Miguel Díaz-Canel auf dem Platz der Revolution.

Der Führer der Insel der Freiheit definierte den Charakter der Aggression klar: „Kuba verurteilt diese Handlungen entschieden als Akt des Staatsterrorismus, als verbrecherischen Angriff auf *Nuestra América, Zona de Paz*; eine Verletzung der Souveränität einer Nation, die zum Symbol für Unabhängigkeit, Würde und Solidarität geworden ist, und einen inakzeptablen Angriff auf das Völkerrecht.“ Der Vorwand des „Drogenhandels“ sei nicht ernst zu nehmen. Objekte der Begierde des Aggressors sind vielmehr Öl, Land und andere Reichtümer Venezuelas. Ein weiteres Ziel ist die Zerstörung einer Bastion lateinamerikanischer Integration und des Widerstands gegen den Imperialismus – der bolivarischen Revolution.

Der kubanische Präsident rief die Weltgemeinschaft dazu auf, „sich gegen Faschismus und imperiale Barbarei zu stellen“. Wie der Präsident erklärte, ist Kuba bereit, wenn nötig „mit seinem Blut die Unabhängigkeit Unseres Amerikas zu verteidigen“.

Am 8. Januar wurden in der Militärakademie der Bolivarischen Nationalgarde Abschied genommen von den 32 Kubanern, die ihr Leben für die Freiheit Venezuelas gaben. Die amtierende Präsidentin Venezuelas, Delcy Rodríguez, sagte, dass sie in den traurigen Gesichtern der Angehörigen und Freunde der Verstorbenen das Gesicht ihrer Mutter an jenem Tag im Jahr 1976 sehe, als ihr Vater, ein Mitbegründer der Liga Socialista, von der politischen Polizei gefoltert wurde, die damals vom US-Geheimdienst CIA, dem israelischen Mossad und ihnen hörigen Exilkubanern angeleitet wurde.

Entgegen den Lügen und Verleumdungen, die das Internet überschwemmten, wird berichtet, dass kubanische und venezolanische Kämpfer etwa zwei Stunden lang Seite an Seite gegen die überlegenen Kräfte der Angreifer kämpften, die ihre neueste Waffen einsetzten. Nach Angaben von Innenminister Diosdado Cabello kamen dabei etwa hundert Verteidiger Venezuelas um, weitere hundert wurden schwer verletzt. Bei der Trauerfeier sagte der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez: „Das Blut beider Völker floss auf venezolanischem Boden ineinander. Wir bekunden dem tapferen venezolanischen Volk die tiefste Solidarität Kubas. Im Namen des Armeegenerals Raúl Castro Ruz und des Präsidenten und Ersten Sekretärs Miguel Díaz-Canel Bermúdez, die den Ideen von Bolívar und Martí treu bleiben und dem ewigen Andenken an Chávez und Fidel in dessen hundertsten Geburtsjahr folgen, verpflichten wir uns, gemeinsam zu kämpfen und zu siegen.“

Morgen, am 15. Januar, wird das Volk auf kubanischem Boden seine tapferen Söhne auf ihrem letzten Weg begleiten. Tausende Kubaner werden entlang der gesamten Strecke vom Flughafen José Martí bis zum Ministerium der Revolutionären Streitkräfte, wo die Trauerfeier stattfinden wird, Ehrenwache stehen. Am nächsten Morgen versammeln sich die Havannas Einwohner auf der neuen Antiimperialistischen Tribüne auf dem Platz der Revolution, um dann in einem Marsch des kämpferischen Volkes zum Pantheon der gefallenen Verteidiger des Vaterlandes zu ziehen. Gleichzeitig wird in allen Provinz- und Gemeindezentren den Gefallenen die letzte Ehre erwiesen. Ehre und Ruhm den Helden!

Trump und seine Gefolgschaft machen keinen Hehl daraus, dass der Schlag gegen Venezuela zugleich ein Schlag gegen Kuba ist. Der Aggressor fordert von Venezuela, Mexiko und anderen Ländern, die Zusammenarbeit mit Kuba einzustellen, vor allem die Erdöllieferungen. Das Pentagon jagt im Atlantik buchstäblich jeden Tanker, der im Verdacht steht, Erdöl in die blockierten Länder zu liefern.

Am 8. Januar antwortete Trump auf die Frage nach der Möglichkeit einer maritimen „Blockade" um Kuba in seiner zynischen Art: „Ich glaube nicht, dass man noch mehr Druck ausüben könnte - außer dort einzumarschieren und alles zu zerstören". Auf die Frage, ob er glaube, dass Präsident Díaz-Canel wie der iranische Führer Khamenei (der, wie ich anmerken möchte, derzeit noch nicht gefallen ist und auch nicht selbst umkippen wird) „fallen" könnte, antwortete er mit einem ungestümen Wortschwall: „Ja, Kuba hängt am seidenen Faden. Kuba hat schwere Probleme. Kuba hat alles Geld für die Verteidigung bekommen. Sie waren Verteidiger. Sie sind standhaft, es ist ein standhaftes Volk. Ein großartiges Volk." Seine Beschimpfung mischt sich hier mit einer erzwungenen Anerkennung der Kraft und Standhaftigkeit des Volkes von José Martí, der Familie Antonio Maceos und der Brüder Castro.

Am 11. Januar wies Präsident Díaz-Canel die antikubanischen Äußerungen des Weißen Hauses zurück. „Die Hysterie der Feinde ist eine Folge ihrer Wut über die souveräne Entscheidung des kubanischen Volkes, sein politisches Modell selbst zu wählen. Sie, die alles, sogar Menschenleben, zu einer Ware machen, haben moralisch kein Recht, mit dem Finger auf Kuba zu zeigen. Diejenigen, die die Revolution für unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich machen, sollten sich schämen und schweigen, denn sie wissen und erkennen selbst, dass dies das Ergebnis der drakonischen Maßnahmen ist, mit denen die USA uns seit sechs Jahrzehnten unterdrücken und die sie nun noch verschärfen wollen." Der Präsident betonte, dass Kuba ein freies, unabhängiges Land sei, das niemanden bedrohe, aber bereit sei, seine Souveränität gegen jede Bedrohung zu verteidigen.

Am selben Tag erklärte Außenminister Bruno Rodríguez, dass Kuba das uneingeschränkte Recht habe, Brennstoffe aus den Ländern zu importieren, die diese exportieren wollen, und Handelsbeziehungen aufzubauen, ohne sich den Zwangsmaßnahmen der USA unterwerfen zu müssen. Er erklärte, dass Washington sich kriminell und unkontrolliert verhalte und damit nicht nur den Frieden und die Sicherheit Kubas und der westlichen Hemisphäre, sondern der ganzen Welt bedrohe.

Als Antwort auf Trumps Behauptung, Kuba habe „große Mengen Erdöl aus Venezuela für seine Sicherheitsdienstleistungen" erhalten, betonte der Außenminister: „Kuba erhält und hat nie eine finanzielle oder materielle Entschädigung für die Unterstützung der Sicherheit eines Landes erhalten."

Indem Trump auf eine mögliche Invasion Kubas anspielte, erlaubte er sich, dem Land „aus einer Position der Stärke" Verhandlungen anzubieten, „solange es nicht zu spät ist". Am 12. Januar widerlegte M. Díaz-Canel Trumps Behauptung, dass solche Verhandlungen bereits im Gange seien. Abgesehen von technischen Kontakten zu Migrationsfragen gebe es keinerlei Verhandlungen mit der US-Regierung. Kuba hat allen Regierungen in Washington, einschließlich der jetzigen, einen ernsthaften und verantwortungsvollen Dialog angeboten, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass seine Unabhängigkeit respektiert wird, auf der

Grundlage der souveränen Gleichheit, der Grundsätze des Völkerrechts und ohne Einmischung in innere Angelegenheiten.

Diejenigen, die glauben, dass sich die Aggression auf Venezuela und Kuba oder die westliche Hemisphäre beschränken wird, täuschen sich. Diaz-Canel bezeichnete die Aggression gegen Venezuela als „eindeutigen Ausdruck von Faschismus, genauer gesagt, Neofaschismus". Er betonte, dass dies eine Bedrohung nicht nur für Venezuela, sondern für die gesamte Menschheit darstelle. Solange wir noch nicht zwischen einem katastrophalen Krieg und der Sklaverei wählen müssen, sollten wir alle unsere Stimme erheben, um diejenigen zu verteidigen, die heute in der Schusslinie stehen.

Es lebe das freie Kuba! Chávez lebt – der Kampf geht weiter! Freiheit für Nicolás Maduro und Silia Flores! Vaterland oder Tod! Wir werden leben und siegen!

11. Februar 2026

Am 5. Februar fand in Havanna eine Pressekonferenz des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und Präsidenten Kubas, Miguel Díaz-Canel, für kubanische und ausländische Journalisten statt.

Ein Korrespondent von Russia Today fragte nach der Rhetorik der USA hinsichtlich eines „Kollapses" von Kuba, nach den Aussichten für die Beziehungen zu Venezuela und nach praktischen Möglichkeiten internationaler Solidarität mit Kuba. M. Díaz-Canel antwortete, dass der sogenannte „Kollpas" Bestandteil der imperialen Denkweise der USA sei, während die Kubaner, die mehrheitlich unter Bedingungen der Blockade aufgewachsen sind, an Widerstand und die Verteidigung ihrer Ideen und Überzeugungen mit dem Glauben an den Sieg denken.

Der Präsident betonte, dass Kuba und Venezuela seit mehr als 25 Jahren durch brüderliche Solidarität auf der Grundlage des von Fidel Castro und Hugo Chávez unterzeichneten Abkommens über integrale Zusammenarbeit verbunden seien. Dieselben Prinzipien wurden zur Basis für das ALBA-Bündnis und für die Kooperation im Energiebereich. Kein anderer Integrationsblock hat im sozialen Bereich solche Erfolge vorzuweisen wie ALBA: Die „Mission Wunder" hat 3,5 Millionen Lateinamerikanern das Augenlicht zurückgegeben; vier Länder haben mit der kubanischen Methode „Ich kann" den Analphabetismus bekämpft. Durch das System PETROCARIBE wurde der Beitrag Kubas durch Lieferungen von venezolanischem Erdöl kompensiert. Kuba beabsichtigt, die Zusammenarbeit mit Venezuela fortzusetzen, solange die venezolanische Regierung dies befürwortet.

Mit ihrer gewaltsamen Unterbindung von Erdöllieferungen seit Dezember 2025 haben die USA faktisch eine Energieblockade gegen Kuba verhängt. Washington versucht, die Blockade noch zu verschärfen, indem es Ländern, die direkt oder indirekt Öl auf die Insel liefern, mit der Einführung drakonischer Zölle auf ihre Waren droht. M. Díaz-Canel betonte den äußerst unmenschlichen Charakter dieser Maßnahmen. „Was bedeutet es, keinen Tropfen Kraftstoff ins Land zu lassen? Das bedeutet, die Lieferung und Produktion von Lebensmitteln zu unterbrechen, den öffentlichen Nahverkehr zu stoppen, den Betrieb von Krankenhäusern, Schulen und der gesamten Wirtschaft zu stören."

Díaz-Canel betonte, dass die Maßnahmen der USA nicht nur gegen das kubanische Volk gerichtet sind: „Wie vielen Ländern wird es verwehrt, normale Handelsbeziehungen mit Kuba zu unterhalten, wie vielen Unternehmen und Organisationen wird Schaden zugefügt? Ist das nicht ein Verstoß gegen das gesamte Völkerrecht, gegen die Charta der Vereinten Nationen? Verstößt das nicht gegen die Handelsfreiheit, die von Kapitalisten und Imperialisten „verteidigt“ wird?“

Díaz-Canel betonte: „Die Weltgemeinschaft muss entscheiden, ob sie zulässt, dass ein Verbrechen, wie es heute gegen Kuba begangen wird, auch gegen jedes andere Land der Welt begangen werden kann.“ Angesichts der Unterstützungsbekundungen, die in diesen turbulenten Tagen eingegangen sind, versicherte der Präsident, dass „es viele Menschen und Organisationen auf der Welt gibt, die Druck und Erpressung ablehnen, sich gegen die Wirtschaftsblockade Kubas aussprechen und bereit sind, Risiken einzugehen, um für Kuba zu arbeiten“.

Der Präsident verwies auf ein Telefongespräch zwischen Xi Jinping und Wladimir Putin, in dem beide ihre Absicht bekundeten, die Zusammenarbeit mit Venezuela und Kuba fortzusetzen. Hinter diesen Äußerungen, so Díaz-Canel, stünden jedoch Angelegenheiten, die aufgrund der Machenschaften des Feindes nicht öffentlich dargelegt werden könnten. Der Präsident versicherte mit aller Verantwortung, dass Kuba nicht allein sei. Möglichkeiten eines antihegemonialen und antifaschistischen Widerstands verbindet Díaz-Canel mit den BRICS-Staaten, insbesondere mit den Beziehungen Chinas und Russlands zu den Ländern des Südens, der Bewegung der Blockfreien Staaten und der Gruppe der 77.

Auf die Frage der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, was die Länder des Südens tun könnten, um Kuba zu helfen, antwortete der Präsident in einem breiteren Kontext: „Die Welt darf sich nicht unterwerfen, die Welt darf sich nicht erniedrigen lassen, die Welt darf nicht zulassen, dass Multilateralität von Macht erschlagen wird. Die Länder und Völker müssen verstehen, dass wir alle, ohne Ausnahme, mit einem politisch-ideologischen Krieg konfrontiert sind, der auch kulturelle und kommunikative Komponenten hat.“ Es geht um den Versuch, der Welt die Hegemonie der führenden imperialistischen Macht aufzuzwingen und die Völker von ihren kulturellen Wurzeln zu trennen.

Ein Korrespondent der Jugendzeitung „Juventud Rebelde“ stellte eine Frage zur Vorbereitung auf die Verteidigung im Falle einer direkten Aggression. Der Präsident bezeichnete Kuba als ein Land des Friedens. Seine Militärdoktrin – das Konzept eines Volkskrieges zur Verteidigung der Souveränität und Unabhängigkeit – ist defensiver Natur und stellt keine Bedrohung für die USA dar. Unter den gegenwärtigen Umständen muss Kuba jedoch alle Verteidigungsglieder auf die Gefahr eines Angriffs vorbereiten. Das sei kein Übergang in den Kriegszustand, sondern Vorbereitung von Maßnahmen für den Extremfall.

Die Frage des Korrespondenten der Agentur „Prensa Latina“ betraf die Vorwände, die die USA demagogisch nutzen, um die Blockade Kubas zu verschärfen. In Bezug auf den „internationalen Terrorismus“ erinnerte Díaz-Canel daran, dass es gerade die USA waren, die Terrorakte gegen die kubanische Revolution organisiert haben, allein mehr als 600 Attentate auf Fidel Castro, und dass sie solche Versuche fortsetzen, worüber berichtet werden wird. Kuba, betonte der Präsident, sei keine Quelle des Terrorismus, sondern dessen Opfer. Kuba stelle keine Bedrohung für die Sicherheit der USA dar. „Wir schützen keine Terroristen. In

Kuba gibt es keine Streitkräfte anderer Länder oder Gruppierungen. In Kuba gibt es keine Militärstützpunkte anderer Länder. Wir arbeiten militärisch mit befreundeten Ländern, mit Verbündeten zusammen, aber das bedeutet keineswegs, dass es in Kuba Militärstützpunkte gibt.“ Der einzige Militärstützpunkt in der Bucht von Guantánamo wird von den USA illegal und gegen den Willen der Kubaner gehalten.

Díaz-Canel stellte berechtigte Fragen: „Wer hat tatsächlich Militärstützpunkte auf der ganzen Welt? Wer zeichnet sich durch die Unterstützung des Staatsterrorismus in der ganzen Welt aus? Ist die Aggression gegen Venezuela und die Entführung des Präsidenten kein Akt des Staatsterrorismus? Ist die Unterstützung des Völkermords an den Palästinensern in Gaza durch die Vereinigten Staaten kein Akt des Terrorismus? Ist das Beschießen und Versenken von Booten mit Menschen, deren Verbindung zum Drogenhandel nicht bewiesen ist, ohne Gerichtsverfahren und ohne jegliche Beweise, kein Akt des Terrorismus? Auf welcher Seite liegt also die Wahrheit in dieser Welt? Welcher Staat stellt die größte Bedrohung für die Sicherheit der Welt, für den Frieden in der ganzen Welt dar?“ Und er antwortete direkt: „Die Vereinigten Staaten.“

Im Hinblick auf mögliche Verhandlungen mit den USA betonte der Präsident die unveränderte Position Kubas: Bereitschaft zum Dialog über alle Fragen, aber nicht unter Druck, sondern auf Augenhöhe, unter Achtung der Souveränität und ohne Einmischung in innere Angelegenheiten.

Eine weitere Gruppe von Fragen betraf den Zustand der kubanischen Energiewirtschaft und die Maßnahmen, die die Führung des Landes in diesem Bereich ergreift. Der Präsident berichtete, dass im vergangenen Jahr 2025, einem der schwierigsten Jahre für Kuba, Wärmekraftwerke mit einer Leistung von 900 Megawatt wieder in Betrieb genommen wurden, für die jedoch kein Brennstoff zur Verfügung steht. Für den Energiebedarf wird die Förderung von kubanischem Öl und Begleitgas erhöht. An der Stelle der kürzlich durch einen Brand zerstörten Erdölspeicher werden neue gebaut.

Vor zwei Jahren wurde ein perspektivreicher Plan für den Übergang des Landes zu erneuerbaren Energiequellen bis 2050 verabschiedet. Vorfristig wurden große Investitionen in Solarenergie mit einer Gesamtleistung von 1.000 Megawatt getätigt. In der Provinz Las Tunas wird ein Windkraftwerk rekonstruiert. Innerhalb eines Jahres stieg der Anteil erneuerbarer Energien von 3 auf 10 %; tagsüber liefern sie 38 % des Stromverbrauchs. Der Einsatz von Akkumulatoren wird dazu beitragen, Spitzenlasten in den Abendstunden zu decken.

Warum müssen die Kubaner trotz alledem immer wieder erhebliche Stromausfälle hinnehmen – die berüchtigten apagones? Wie Díaz-Canel betonte, galt bis 2025 trotz aller Schwierigkeiten die Priorität der Stromversorgung der Bevölkerung, während die Unternehmen kurz gehalten wurden. Jetzt müsse die Energieversorgung auf den Produktionsbereich umgelenkt werden. So werde die elektronisch gestützte Bewässerung von 200.000 Hektar Plantagen es ermöglichen, in zwei bis drei Jahren auf Reisimporte zu verzichten. Das Gleiche gelte für den Tabak- und andere Exportsektoren.

Selbst unter den schwierigsten Bedingungen vergesse die kubanische Führung nicht die sozialen Prioritäten. In abgelegenen Gebieten, in denen die Verlegung von Stromleitungen schwierig und teuer ist, werden 5.000 Haushalts-Solarbatterien mit einer Leistung von

jeweils 2 Kilowatt installiert, wodurch das Land vollständig elektrifiziert werden kann. Weitere 5.000 Batterien wurden installiert, um Polikliniken, Altenheime, Wohnungen von alleinerziehenden Müttern und älteren Menschen autonom mit Strom zu versorgen. 10.000 Batterien wurden vorrangig an Beschäftigte im Bildungs- und Gesundheitswesen ausgegeben.

Auf die Frage eines Korrespondenten der „Granma“ nach dem Potenzial der lokalen Produktion angesichts begrenzter Transportmöglichkeiten sprach Díaz-Canel über die Notwendigkeit, die Autonomie staatlicher Unternehmen und der unteren Verwaltungsebenen – der Gemeinden – bei der Lösung alltäglicher Probleme zu stärken. Bislang wurde der Warenkorb durch Lebensmittelimporte ergänzt, die dann gleichmäßig verteilt wurden. Nunmehr müsse man sich mehr auf Produkte verlassen, die im eigenen Verwaltungsbereich angebaut werden. Er betonte jedoch: „Man darf niemals vergessen, den Schwächsten Aufmerksamkeit zu schenken, und bei jeder Entscheidung, die wir treffen und umsetzen, müssen wir sehen, wer es am schwersten haben wird und wie wir das kompensieren können.“

Auf die Frage nach den aktuellen Aufgaben der Parteiarbeit betonte der Erste Sekretär des Zentralkomitees die vorrangige Bedeutung der Einheit der Partei auf demokratischer Grundlage. Man müsse offen diskutieren, aber gemeinsam handeln. Das wichtigste Prinzip sei die Beteiligung und Kontrolle durch das Volk. „Wenn wir aus historischen Gründen die einzige verfassungsmäßig anerkannte Partei sind, dann sind wir nicht nur die Partei der Kommunisten Kubas, sondern die Partei der kubanischen Nation.“ Bei der Erörterung allgemeiner Probleme auf Parteiversammlungen sollten auch parteilose Arbeitnehmer und Jugendliche eingeladen werden, damit auch sie ihre Meinung äußern und an der Suche nach Lösungen teilnehmen können.

Aus seinen zahlreichen Reisen durch das Land und Begegnungen mit Landsleuten habe M. Diaz-Canel die Überzeugung gewonnen: „Der Heroismus unseres Volkes ist beeindruckend. Vor ihm muss man, wie man im Volksmund sagt, den Hut ziehen.“ Die Kubaner widerstehen standhaft den schweren Prüfungen. Laut Díaz-Canel handelt es sich dabei „nicht um einen Widerstand der Geduld, sondern um einen kreativen Widerstand“. Fachleute und Arbeiter vollbringen Wunder der Erfindungsgabe, indem sie abgenutzte Geräte reparieren und mit dem Mangel an Ersatzteilen, Treibstoff und Strom zurechtkommen. Die Gesellschaft bewahrt ein hohes politisches Bewusstsein und Engagement. Das kubanische Volk war das erste weltweit, das bereits am 3. Januar auf die Straße ging, um gegen den Angriff der USA auf Venezuela zu protestieren. So auch nahmen die Massen Abschied von den 32 Helden, die im Kampf gegen den Aggressor umkamen.

Diaz-Canel hob besonders die Bedeutung der internationalen Arbeit unter den linken Kräften und sozialen Bewegungen hervor, „da wir überall unsere Kräfte bündeln müssen, um eine einheitliche Position zu vertreten, Antworten zu finden und dem imperialistischen Vorstoß entgegenzutreten”. Er betonte, dass in Krisenzeiten die politische und soziale Kommunikation besonders wichtig sei, um dem Vormarsch der imperialistischen Massenmedien entgegenzuwirken, die den Kommunikationsraum der Welt vergiften.

Zum Abschluss der Pressekonferenz wurde dem jüngsten Journalisten das Wort erteilt. Im Gespräch mit ihm erinnerte der Staatschef daran, dass sich die junge Generation in jeder

Phase der Revolution würdig und heldenhaft gezeigt habe. Bei seinen Begegnungen und Diskussionen mit jungen Menschen habe er immer von ihren neuen Erfahrungen und Ansätzen gelernt. Der kubanische Staatschef äußerte einen heute wichtigen Gedanken: „Wenn wir von Einheit sprechen: Es gibt keine Einheit, wenn nicht die jungen Menschen daran beteiligt sind." Díaz-Canel widersprach denen, die zu viel über die jungen Kubaner herziehen würden, die zum Arbeiten ins Ausland gehen. Selbst von ihnen würden die meisten ihre Heimat nicht vergessen und nicht mit der Revolution brechen. „In diesen Zeiten der Bedrohung - wie viele sind zurückgekehrt, wie viele sind besorgt, wie viele treten gegen die Aggression auf!" Insgesamt brachte der kubanische Staatschef sein Vertrauen in die Jugend zum Ausdruck und nannte den Einsatz der 32 Helden als bestes Beispiel.

Die Kubaner hätten etwas zu verteidigen, betonte Díaz-Canel. Die 32 Genossen, die in Venezuela umgekommen sind, „wussten, dass sie nicht nur den Präsidenten und eine brüderliche Nation verteidigten, sondern auch die Souveränität Kubas, seine Revolution, Lateinamerika und die Karibik, den gesamten globalen Süden. Künftig, wenn über alles berichtet werden kann, werden wir die wahre Bedeutung der Heldentat dieser 32 Kubaner erkennen und sehen, wie wichtig die Lektion ist, die den Hitzköpfen erteilt wurde, die zu Drohungen und Aggressionsversuchen neigen.

So schwer die entstandene Situation auch sei, betonte der Präsident, „Kapitulation ist für Kuba keine Option".

4. April 2026

In den letzten Monaten schlug der US-Imperialismus den Weg der totalen Aggression ein. Er bedroht damit den Frieden und die Sicherheit der gesamten Menschheit. Washington bezeichnet Russland und China unmissverständlich als globale Gegner. Indem der Aggressor zunächst Verhandlungsbereitschaft vorgibt und sie scheinbar führt, versucht er die Wachsamkeit seines Opfers zu lähmen, ihn seiner Bündnispartner zu berauben, es zu diskreditieren und im günstigen Moment zuzuschlagen.

Am 28. Februar, während friedlicher Verhandlungen der USA mit dem Iran, wurde eine groß angelegte Aggression gegen dieses Land gestartet. Die terroristische Ermordung des 86-jährigen iranischen Führers Sayyid Ali Khamenei, hochrangiger Militärs und Hunderter iranischer Bürger, darunter auch Kinder, durch die Streitkräfte der USA und Israels stürzte den Nahen Osten in einen blutigen Konflikt, die Welt mit unvorhersehbaren Folgen bedroht.

Als das andere Objekt zur Durchsetzung des Neokolonialismus wurde Lateinamerika erkoren. Diese Politik ist für die USA nicht neu, sie geht auf die Monroe-Doktrin von 1823 zurück. 1947 zwangen die USA allen Ländern der Region den Interamerikanischen Vertrag über gegenseitigen Beistand auf, auch bekannt als Rio-Pakt, der der erste Militärblock der Nachkriegszeit und Vorläufer der NATO war.

Bei ihren Einmischungen in Lateinamerika berufen sich die USA häufig auf „internationalen Terrorismus" und organisierte Kriminalität, insbesondere den Drogenhandel. Die Propaganda der USA und ihrer Verbündeten schiebt die gesamte Verantwortung für den Drogenhandel auf lateinamerikanische Staaten, vor allem auf Kuba und Venezuela. Vor der

Öffentlichkeit wird verschwiegen, dass der moderne Drogenhandel eine Spielart des transnationalen Kapitals darstellt, dessen Hauptabsatzmärkte und Banken für die Geldwäsche krimineller Einkünfte sich in den USA befinden und dessen Vertragspartner reaktionäre Regime sind, die mit den amerikanischen Geheimdiensten verbunden sind. In Wirklichkeit ist Washington nicht an der Ausrottung der organisierten Kriminalität interessiert, sondern daran, sie zur Zerschlagung der nationalpatriotischen Kräfte und zur Sicherung der wirtschaftlichen und militärisch-politischen Vorherrschaft über seine südlichen Nachbarn auszunutzen. Zu diesem Zweck hat die Trump-Regierung die Drogenkartelle zu „internationalen Terroristen" erklärt, d. h. zu „legitimen" Zielen für eine militärische Intervention.

Seit Sommer 2025 läuft in der Karibik die sogenannte Operation „Southern Spear". Eine noch nie dagewesene Konzentration von US-Seestreitkräften und Luftstreitkräften begann unter dem falschen Vorwand der „Bekämpfung des Drogenhandels" und entwickelte sich bis zum Ende des Jahres zur Seeblockade gegen Venezuela und Kuba. Am 3. Januar 2026 führten die US-Streitkräfte zum ersten Mal in der Geschichte einen direkten Angriff auf einen souveränen Staat Südamerikas durch – die Bolivarische Republik Venezuela. Ebenfalls zum ersten Mal verübten Streitkräfte einer ausländischen Macht die terroristische Entführung eines verfassungsmäßig gewählten Präsidenten, von Nicolás Maduro und der Parlamentsabgeordneten Silvia Flores. Um Venezuela seinem Diktat zu unterwerfen, führen die USA Verhandlungen „mit der Pistole auf der Brust" und setzen die Blockade der Republik fort. Venezuela wird sogar das Recht entzogen, aus seinem Haushalt einen amerikanischen Anwalt zu bezahlen, der Nicolás Maduro verteidigt.

Die nächste Eskalationsstufe der Aggression war die Einführung einer Treibstoffblockade gegen Kuba durch Präsident Trump. Ländern, die sich entschließen, Öl dorthin zu liefern, droht ein Dekret der Exekutive vom 29. Januar hohe Zöllen auf ihre Waren an. Ich denke, dass diese „Zölle" nur ein Feigenblatt sind, um die Gefahr Schiffspiraterie gegenüber Schiffen aus Drittländern zu verschleiern, ähnlich wie die USA Schiffe mit venezolanischem Öl noch in Tausenden von Kilometern Entfernung von der Karibikküste beschlagnahmen.

Am 25. Februar wurde ein neuer gefährlicher Schritt zur Eskalation der Aggression unternommen. Ein in Miami registriertes Boot drang in kubanische Hoheitsgewässer ein, von dem aus zehn bewaffnete Terroristen an der Küste der Insel landen wollten. Als die Feinde von Grenzsoldaten beschossen wurden, erfüllten die Verteidiger Kubas ihre Pflicht und handelten im Rahmen des Völkerrechts.

Bekanntlich dienten allerdings solcherlei Provokationen den Aggressoren schon mehrmals als Vorwand für die Einleitung militärischer Maßnahmen. Am 26. Februar räumte Trump die Möglichkeit einer „freundlichen Eroberung" Kubas ein.

Die Intervention in Venezuela und das Zusammenziehen des Rings um Kuba sind zentrale Elemente der imperialistischen Strategie der Einschüchterung und Unterwerfung anderer Regierungen und politischer Kräfte in der Region. Die neue Militärdoktrin der USA beansprucht die absolute Kontrolle über die gesamte westliche Hemisphäre, vor allem über die Ressourcen an Mineralien und Energierohstoffen, Süßwasser und Biodiversität, sowie die monopolistische Ausbeutung der Völker Lateinamerikas durch US-Konzerne unter gewaltsamer Verdrängung von Rivalen und Konkurrenten. Insbesondere nennt der

Präsidialerlass vom 29. Januar Kubas Beziehungen zu Russland, China und Iran als Grund für die Blockade der Treibstofflieferungen an Kuba.

Washington ist bestrebt, die gesamte Hemisphäre, von Grönland bis Feuerland, mit einem dichten Netz von Militärstützpunkten und Knebelverträgen zu überziehen. Unter dem Vorwand der Bekämpfung von „Terrorismus und Drogenhandel" haben die USA in **Kolumbien** ein Netz von Militäreinrichtungen aufgebaut, die offiziell keine Stützpunkte des Pentagons sind und keiner Zustimmung durch den US-Kongress bedürfen. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich Kolumbien zum am stärksten militarisierten Staat der Region entwickelt und dient als Druckmittel gegen Venezuela. Die rechtsextreme Opposition Kolumbiens fordert Washington zu einer militärischen Intervention und zur Absetzung des Präsidenten auf. Unter dem Vorwurf des Drogenhandels zwingen die USA die linksgerichtete Regierung von Gustavo Petro, die militärische Zusammenarbeit mit dem Pentagon auszubauen. Friedensverhandlungen der Regierung mit der Rebellenarmee der Nationalen Befreiung sind gescheitert. Die bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sind durch Manipulationen der Rechten gefährdet.

Ecuador versinkt in kriminellem Terror. Das Regime des Oligarchenpräsidenten Daniel Noboa wird öffentlich der Zusammenarbeit mit dem Drogenhandel bezichtigt. Das hat Washington nicht davon abgehalten, mit Noboa die Rückkehr von US-Militärstützpunkten ins Land zu vereinbaren, entgegen der ecuadorianischen Verfassung und dem Ergebnis eines Referendums. Vor dem Angriff auf Venezuela stationierte das Pentagon eine Gruppe seiner Luftstreitkräfte in Ecuador ohne Begrenzung der Aufenthaltsdauer. Eine weitere Gruppe wurde in die **Dominikanische Republik** verlegt, wo sich die USA Zugang zu Militärstützpunkten gesichert haben.

Unter dem Vorwand der „Bekämpfung des Drogenhandels" streben die USA die Einrichtung von Militärstützpunkten in **Peru** an, um vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen des Landes zu China zu schwächen. In zehn Jahren gab es in Peru neun Präsidenten, von denen nur einer, Pedro Castillo, versuchte, eine unabhängige Politik zu betreiben, wofür er gestürzt und ins Gefängnis geworfen wurde. Die beiden nachfolgenden Präsidenten, Dina Boluarte und José Jerí, erhielten ihr Mandat durch parlamentarische Umstürze; sie unterdrückten brutal die Proteste der Bevölkerung und bereiteten den Verkauf des nationalen Reichtums – des Erdöls – vor. Die desolate wirtschaftliche Lage zwang jedoch beide, die Zusammenarbeit mit chinesischen Unternehmen fortzusetzen, sehr zum Missfallen Washingtons.

Boluarte blieb weniger als zwei Jahre im Präsidentenpalast, Jerí nur vier Monate. Kurz vor dem Putsch am 19. Februar erklärte das US-Außenministerium ohne jegliche Begründung den peruanischen Handelshafen Chankai zu einer „chinesischen Basis" und forderte die Einstellung der Zusammenarbeit mit dem chinesischen Unternehmen bei der Verwaltung des Hafens. Selbst im peruanischen Kongress, in dem Vertraute der Oligarchie dominieren, löste die Einmischung der USA Unzufriedenheit aus. Zum vorübergehenden Präsidenten – für einige Monate vor und nach den Wahlen im April – wurde José María Balcázar gewählt, ein Parteikollege von Pedro Castillo. Aber die Macht von Balcázar ist sehr begrenzt: Er ist nicht einmal in der Lage, den Vorsitzenden der Partei Perú Libre („Freies Peru") aus seiner ungerechtfertigten Haft zu befreien. Unterdessen bauen die USA in der Nähe des Hafens von Chankay eine Militärbasis.

In **Panama** begannen Trump und Rubio vor einem Jahr mit der Rückkehr der US-Militärbasen in die Kanalzone, aus der die US-Truppen 1999 bei der Übergabe des Kanals an die panamaische Gerichtsbarkeit abgezogen worden waren. Jetzt strebt Washington danach, die Präsenz chinesischen Kapitals dort zu beenden.

In **Honduras** unterhalten die USA schon seit langem ganz offiziell Militärstützpunkte. Ende letzten Jahres/Anfang dieses Jahres wurde dort unter direkter Beteiligung der USA ein offen proamerikanisches Regime eingesetzt. Zu einem ähnlichen Ergebnis führten die Wahlen in **Costa Rica**. Die Bedrohung des sandinistischen **Nicaragua**, gegen das die USA in den 1980er Jahren einen nicht erklärten Krieg von den Territorien Honduras und Costa Rica aus führten, nimmt zu.

In den beiden großen entwickelten Ländern der Region – Mexiko und Argentinien – zeigen sich zwei Formen der Hegemoniebestrebungen der USA:

Mexiko ist wirtschaftlich eng mit seinem nördlichen Nachbarn verbunden. Die negativste Folge dieser Verbindungen war die rasante Entwicklung des grenzüberschreitenden Drogenhandels. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts sind ganze Bundesstaaten Mexikos weitgehend unter die Kontrolle krimineller Kartelle geraten, die Drogen auf den US-Markt liefern und mit amerikanischen Waffen ausgerüstet sind. Die Trump-Regierung nutzt die Situation aus und zwingt dem Nachbarland „militärische Hilfe“ auf, andernfalls droht es mexikanische Politiker wegen Verbindungen zum Drogenhandel anzuklagen. Die linksgerichtete Regierung von Claudia Sheinbaum ist gezwungen, mit den USA im Bereich Polizei und Militär zusammenzuarbeiten, lehnt jedoch die Einrichtung ausländischer Stützpunkte und Operationen des US-Militärs auf mexikanischem Territorium als Verletzung der nationalen Souveränität ab.

Um dem Land und der Welt zu zeigen, dass sie in der Lage sind, die organisierte Kriminalität aus eigener Kraft zu bekämpfen, führten die mexikanischen Behörden eine erfolgreiche Operation gegen den größten Drogenkartell im Bundesstaat Jalisco durch. Die kriminellen Organisationen demonstrierten jedoch ihr beträchtliches Potenzial, sich dem Staat zu widersetzen, indem sie für mehrere Tage das normale Leben in einem Großteil des Landes lahmlegten.

Trump dankte Claudia Sheinbaum offiziell, versäumte es aber nicht sie daran zu erinnern, dass er von ihr nicht nur Operationen gegen Drogenkartelle, sondern auch gegen „Drogenpolitiker” verlangt, zu denen in Washington jeder unliebsame Politiker gezählt werden kann.

Eines der Ziele des Drucks auf Mexiko ist die Untergrabung seiner freundschaftlichen Beziehungen zu Kuba. Die Regierung von Claudia Sheinbaum schickt Schiffe mit humanitärer Hilfe auf die Insel, aber die USA haben es geschafft, Erdöllieferungen zu blockieren. In Mexiko-Stadt tauchen ohne Benachrichtigung der Regierung Emissäre antikubanischer Kreise aus Washington und Miami auf und bereiten die lokalen Rechtsextremen auf Aktionen sowohl gegen Kuba als auch gegen die mexikanischen Behörden vor.

In **Argentinien** tritt das Regime von Javier Milei als „rechter Flügel“ der Reaktion von ganz Lateinamerika auf. Es vergeht kein Monat ohne Angriffe auf den staatlichen Sektor der Wirtschaft, ohne neue arbeiterfeindliche Gesetze. Das Milei-Regime bietet transnationalem

Kapital und dem Pentagon die Ressourcen Argentiniens sowie der benachbarten Antarktis an – ein Erbe der gesamten Menschheit.

In diesem Teil der Welt verfügt die NATO bereits über einen großen Stützpunkt auf den Falklandinseln, für Lateinamerikaner die Malvinas, die bereits 1832 vom Britischen Empire erobert wurden. Eineinhalb Jahrhunderte später versuchte Argentinien, die Inseln zurückzugewinnen, und rechnete dabei mit der Unterstützung der USA gemäß dem Rio-Pakt, aber Washington zog es vor, seinen wichtigsten NATO-Verbündeten, Großbritannien, zu unterstützen. Für die Argentinier sind die Malvinas ein unverzichtbarer Teil ihres Heimatlandes, was in der Verfassung verankert ist. Da das Regime von Milei nicht in der Lage ist, dieses nationale Ziel aufzugeben, versucht es, die Lage zu nutzen, um Argentinien in den Einflussbereich von USA und der NATO zu ziehen.

Ende Januar führte Milei die direkte Präsidialverwaltung im Zentrum der Provinz Feuerland, der Hafenstadt Ushuaia, ein. Am selben Tag traf eine Delegation des US-Kongresses mit einem amerikanischen Militärflugzeug dort ein, um sich mit der Lage und den Ressourcen des subantarktischen Archipels vertraut zu machen. Washington plant, in Feuerland eine Militärbasis zu errichten, die die Meeresengen zwischen Atlantik und Pazifik sowie einen Teil der Antarktis kontrolliert. Argentinien unter Milei könnte seine Ansprüche auf den angrenzenden Sektor der Antarktis und eine Reihe von Inseln an die USA abtreten, in der Hoffnung, im Gegenzug die Malvinas unter seine Gerichtsbarkeit zu bringen, unter Beibehaltung der NATO-Basis dort und Einbeziehung Argentiniens in diesen Block. Ähnliche Bedingungen könnten José Antonio Castro angeboten werden, der im März das Präsidentenamt in **Chile** antritt.

Die unheilvollen Pläne dieser neuen Phase imperialistischer Expansion rufen die Völker zu Wachsamkeit und Protest auf - im Namen des Weltfriedens, der internationalen Sicherheit und des sozialen Fortschritts.

Nein zur imperialistischen Blockade gegen Kuba und Venezuela! ¡Tumba el bloqueo! Freiheit für Nicolás Maduro und Cilia Flores! ¡El imperio los sequestró – los queremos de vuelta! Bring them back! Chávez vive – la lucha sigue! Viva Cuba libre! Patria o Muerte! Socialismo o Muerte! Venceremos!

Zum Kanal „Europa für Kuba“, siehe:

https://youtube.com/channel/UCZftZOvSJBU48_ZmQs7EN2A?si=VuA_NFv6_jroszsX

(vgl. letzte Übertragung: „Welt, Kuba braucht Hilfe!“ Мир, Кубе нужна помощь!)
https://www.youtube.com/watch?v=i_473E6PESE&t=17633s